Informationen aus Österreich

Nr. 07/08

INNENPOLITIK

Kanzler Gusenbauer: Mit Arbeitsplan 2008 auf einem guten Weg

EUROPA | INTERNATIONAL

Tschechischer Präsident Vaclav Klaus zu Arbeitsbesuch in Wien

WIRTSCHAFT

Kanzler Gusenbauer: Klein- und Mittelunternehmen (KMU) sind stabiles Rückgrat der Wirtschaft

KULTUR | MEDIEN | WISSENSCHAFT

Restitution: Novelle für Rückgabegesetz noch vor Sommer geplant

SPORTPOLITIK

Wirtschaft und Fußball im Österreichischen Kulturforum Rom

Unser Leserservice: schneller und noch aktueller informiert via e-Mail.
Jetzt kostenlos anfordern unter: www.bundeskanzleramt.at/aktuell

Kanzler Gusenbauer: Mit Arbeitsplan 2008 auf einem guten Weg

Bundeskanzler Gusenbauer: „Der Arbeitsplan 2008 ist Ausdruck der wirtschaftlichen Vernunft und des sozialen Gespürs“.

„Die Vermögenszuwachssteuer zur zusätzlichen Finanzierung der Gesundheitsreform inkludiert die steuerliche Gleichbehandlung von Sparbucherträgen und anderen Vermögenszuwächsen wie Aktiengewinnen.“

Zur SPÖ/ÖVP-Vereinbarung im Wortlaut inkl. Arbeitsprogramm und Zeitplan siehe: www.austria.gv.at (Meldungsarchiv, 26. März).

Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Vizekanzler Wilhelm Molterer präsentierten am 26. März nach dem Ministerrat eine gemeinsame Punktation für das Arbeitsprogramm 2008. Höchste Priorität dabei hat die Inflationsbekämpfung. Neben den unstrittigen Punkten – Reduktion der Lohnnebenkosten für Niedrigverdiener, vorgezogene Pensionserhöhung sowie vertrauensbildende Maßnahmen – finden sich in dem Kompromisspaket auch die mögliche Einführung einer Vermögenszuwachssteuer als neuer Finanzierungsquelle für das Gesundheitssystem und ein Fahrplan zur Steuerreform 2010.

„Der Arbeitsplan 2008 ist Ausdruck der wirtschaftlichen Vernunft und des sozialen Gespürs“, erklärte der Bundeskanzler. Mit der Umsetzung des ersten gemeinsamen Paketes zur Inflationsbekämpfung werde umgehend begonnen. Vor allem gelte es, die „hausgemachte Teuerung“ zu dämpfen und jenen, die es am dringendsten brauchen, schnell zu helfen. Die Bundesregierung habe daher bereits zum Jahreswechsel die Deckelung der Rezeptgebühren auf 2 % des Nettoeinkommens, die Erhöhung der Familienbeihilfen und die zweimalige Erhöhung der Pendlerpauschale beschlossen.

Zur Dämpfung der Wohnkosten soll die Makler-Provision von drei auf zwei Monatsmieten gesenkt werden. Vorgesehen sind zudem ein Preismonitoring bei Energie und Lebensmitteln sowie die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie. Das Anti-Inflationspaket mit „Gebührenstopp“ (inkl. Autobahn-Vignette) soll mit 1. Juli 2008 in Kraft treten. Dieses Datum gilt auch für die zweite zentrale inflationsdämpfende Maßnahme, die Senkung der Lohnnebenkosten im Niedrigeinkommensbereich. Gemeint ist die Streichung des 3-prozentigen Dienstnehmerbeitrags zur Arbeitslosenversicherung bei Einkommen von weniger als 1.100 Euro brutto. Bis zu 1.350 Euro werden die Beiträge gleitend auf 2 % bzw. 1 % (bei 1.200 Euro) reduziert. Davon profitieren wird laut Gusenbauer rund 1 Million Menschen. Drittens wird die Pensionserhöhung 2009 auf 1. November 2008 vorgezogen.

Ein weiterer Eckpunkt im gemeinsamen Arbeitsprogramm 2008 ist die Neuregelung der Zusammenarbeit in Regierung und Parlament. Unter anderem sollen strittige Fragen nun vor dem Ministerrat am Mittwoch verhandelt werden und in der Ministerratssitzung selbst nur noch die Beschlussfassung sowie die Erörterung künftiger Projekte der Regierung erfolgen. Im Parlament soll es in Zukunft kein Überstimmen bei Gesetzesinitiativen mehr geben.

Das traditionelle Pressefoyer nach dem Ministerrat wird gestrichen. Stattdessen soll die Öffentlichkeit bereits vor der Sitzung informiert werden. Damit habe man die Regierungsarbeit transparent und nachvollziehbar gemacht. „Dieser neue Stil ist mir sehr wichtig“, erklärte Gusenbauer. Auch Vizekanzler und Finanzminister Molterer begrüßte die neue Form der Zusammenarbeit „ausdrücklich“.

In Sachen Gesundheitsreform sollen bis Ende 2008 „strukturelle und finanzielle Fragen“ geklärt werden. Vorgesehen sind u.a. die Ausschöpfung des vorhandenen Einsparungspotenzials und Maßnahmen zur Effizienzsteigerung. Explizit ausgeschlossen wird eine weitere Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge. Zusätzliche Finanzmittel sollen aus der geplanten Vermögenszuwachssteuer lukriert werden. Dabei geht es um eine steuerliche Gleichbehandlung von Sparbucherträgen und anderen Vermögenszuwächsen. „Wir wollen, dass Gewinne aus Aktienverkäufen ebenso behandelt werden wie Sparbuchzinsen“, so Gusenbauer. Gelten soll diese Steuer auch für andere Bereiche, außer bei Verkäufen von Eigentumswohnungen, die der Besitzer selbst bewohnte, und landwirtschaftlichen Liegenschaften im Familienbesitz.

Unter dem Punkt Steuerreform/Doppelbudget haben die Koalitionspartner SPÖ und ÖVP vereinbart, die Steuern mit 1. Jänner 2010 um 3 Mrd. Euro ohne Gegenfinanzierung zu senken. Innerhalb der nächsten Wochen soll dazu eine Steuerreform-Kommission unter Vorsitz von Molterer und Finanzstaatssekretär Christoph Matznetter eingesetzt werden. Das Doppelbudget 2009/2010 soll bis September stehen. Die Beschlussfassung durch Ministerrat und Nationalrat ist für Februar bzw. April/Mai 2009 vorgesehen.

Insgesamt umfasst das Arbeitsprogramm 95 Themen mit detaillierter Terminfixierung, angefangen vom Pensionspaket im April bis zur Mietrechtsnovelle im Dezember. Gearbeitet wird auch im Juni während der Fussball-EM. Auf der Juni-Agenda steht etwa die Familienrechtsreform inkl. der rechtlichen Verankerung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. ■

Tschechischer Präsident Vaclav Klaus zu Arbeitsbesuch in Wien

Der tschechische Staatspräsident Vaclav Klaus kam am 25. März zu einem eintägigen offiziellen Arbeitsbesuch nach Wien. Begleitet wurde er von seiner Frau Livia. Im Mittelpunkt der politischen Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer standen u.a. der EU-Reformvertrag von Lissabon, die weitere Entwicklung in der EU sowie bilaterale Fragen.
Klaus erklärte, als Staatsbürger den EU-Reformvertrag abzulehnen, jedoch als Staatsoberhaupt den Vertrag zu respektieren und den Ratifikationsprozess in der Tschechischen Republik „nicht komplizieren und behindern" zu wollen.
Bundespräsident Fischer bekräftigte seine Erwartung, dass der Vertrag von Lissabon in Österreich noch vor dem Sommer durch das Parlament ratifiziert werde.
Die Nachbarschaftspolitik erklärte Klaus zu einer Priorität. Bundespräsident Fischer unterstrich, dass die maximale Sicherheit des AKW Temelin ein Anliegen der Österreicher sei. Gleichzeitig plädierte Fischer für einen sachlichen Dialog.
Kultureller Höhepunkt der Visite war der Besuch der Ausstellung „Tutanchamun und die Welt der Pharaonen" im Museum für Völkerkunde. Am Abend referierte Klaus im Rahmen der „Alpbach Talks" in der Albertina über sein Buch „Blauer Planet in grünen Fesseln." ■

Außenministerin Plassnik bei EU-Treffen im slowenischen Brdo

Die EU-Außenminister haben bei ihrem informellen Treffen im slowenischen Brdo (28./29. März) über die Tibet-Krise, den Balkan, Russland und die Lage im Nahen Osten beraten. Österreich war durch Außenministerin Ursula Plassnik vertreten.
Die EU hat China zu einem „substanziellen und konstruktiven Dialog" mit den Tibetern aufgerufen. In einer gemeinsamen Erklärung heißt es: „Die EU verurteilt jegliche Gewalt und zeigt ihren Respekt gegenüber den Opfern." Die Außenminister wiederholten „ihre starke Besorgnis über die Vorfälle in der autonomen chinesischen Region Tibet" und forderten ein Ende der Gewalt sowie freien Zugang der Medien nach Tibet.
Außenministerin Plassnik plädierte dafür, dass sich die EU die Möglichkeit eines „starken Signals" an die chinesische Führung offenhalten sollte. Die Bundesregierung lasse die Frage der Teilnahme an der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in Peking für die nächsten vier Monate offen, so die Außenministerin.
Zur Kosovo-Frage hätten sich keine neuen Positionen zwischen der EU und Serbien ergeben, erklärte Plassnik. Hinsichtlich konkreter EU-Perspektiven für die Balkan-Länder gelte jedoch der Grundsatz, dass für jedes Land eine europäische Perspektive bestehe. ■

Verteidigungsminister Darabos bei UNO-Generalsekretär in New York

Verteidigungsminister Norbert Darabos hat am 26. März in einer Unterredung mit UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon darauf hingewiesen, dass das österreichische Engagement im Rahmen der europäischen Tschad-Mission zeitlich befristet sei. Zur Disposition stünde eine Verlängerung um sechs Monate, nicht jedoch ein Dauerengagement in der Krisenregion.
Bei dem EU-Einsatz zum Schutz von Flüchtlingen aus der sudanesischen Bürgerkriegsregion Dafur und Hilfsorganisationen handle es sich lediglich um eine Überbrückungsmission. Österreich könne seine 160 Soldaten nicht „auf Jahrzehnte" bereitstellen, betonte Darabos.
Für den Kosovo kündigte Darabos eine Aufstockung des Bundesheer-Kontingents auf 700 Mann noch im Laufe des Jahres an. Mit 570 Soldaten sei Österreich schon bisher das stärkste Nicht-NATO-Land bei der dortigen NATO-Truppe Kfor. Der Verteidigungsminister schlug Ban Ki-moon zudem vor, stärker auf Österreichs Know how in Balkan-Fragen zurückzugreifen. So könnte Österreich etwa in der spannungsgeladenen Republika Srpska in Bosnien-Herzegowina helfen, sagte Darabos. ■

Verteidigungsminister Darabos: „Österreichs Mitwirkung an der EU-Tschad-Mission auf Grundlage eines UNO-Mandats halte ich für wichtig, weil die Mission für Stabilität sorgen soll und das auch dazu führt, dass Krisen aus Afrika nicht auf Europa überschwappen."

Kroatiens Außenminister Gordan Jandrokovic in Wien

Der kroatische Außenminister Gordan Jandrokovic ist am 25. März in Wien mit Amtskollegin Ursula Plassnik zusammengetroffen. 2008 sei ein entscheidendes Jahr für den EU-Beitrittskandidaten Kroatien, sagte Plassnik. Zwar seien noch einige „Hausaufgaben zu erledigen", doch dürfe man die „eindeutig positive Reformdynamik" nicht kleinreden, so Plassnik. ■

Kanzler Gusenbauer: KMU sind stabiles Rückgrat der Wirtschaft

Bundeskanzler Gusenbauer: "Die starke wirtschaftliche Dynamik in Österreich wird vor allem von den Klein- und Mittelbetrieben getragen."

Bundeskanzler Alfred Gusenbauer würdigte am 26. März anlässlich der Ernennung neuer Mitglieder für die bei der Bundesanstalt „Statistik Austria" eingerichtete Wirtschaftskurie die Leistungen der heimischen UnternehmerInnen. Ihr Einsatz sei ein wesentlicher Beitrag zur starken Wirtschaftskraft des Landes.
Die österreichische Wirtschaft habe 2007 ein Rekordwachstum von 3,4 % verzeichnet und sei trotz der Schwierigkeiten auf den internationalen Finanzmärkten im europäischen Vergleich sehr gut positioniert, so Gusenbauer. Die heimischen Unternehmen hätten es verstanden, die Chancen der EU-Erweiterung zu nutzen. Die starke wirtschaftliche Dynamik sei vor allem von den Klein- und Mittelunternehmen (KMU) getragen worden: „Ohne das stabile Rückgrat der Klein- und Mittelbetriebe wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen." Das hätte sich auch in einem enormen Beschäftigungswachstum und einer niedrigen Arbeitslosenrate niedergeschlagen. „Wir können für den Zeitraum Februar 2007 bis 2008 vom größten Beschäftigungsanstieg seit 1955 sprechen. Ein Zuwachs, der größtenteils Vollzeitarbeitsplätze gebracht hat", zeigte sich Gusenbauer erfreut.
Es bedürfe nun weiterer Anstrengungen von Wirtschaft und Politik, um auf neue Herausforderungen zu reagieren und im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Zentralen Stellenwert hätten die Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie die Aus- und Weiterbildung. Klein- und Mittelunternehmen seien dabei „immer stärkere Innovationstreiber in unserem Land", betonte der Bundeskanzler. ■

Finanzkrise: Wifo/IHS senken BIP-Prognose 2008/09

Die internationale Finanzkrise drückt auch auf das Wirtschaftswachstum in Österreich. Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) und Institut für Höhere Studien (IHS) haben am 28. März ihre Wachstumsprognose für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2008 von zuletzt erwarteten 2,2 bis 2,4 % auf 2,1 % gesenkt und gehen für 2009 nur noch von plus 1,7 bzw. 2,2 % aus. Bisher hatten beide Institute für kommendes Jahr ein Wachstum von 2,0 bzw. 2,5 % vorhergesagt.
Negativ auf die Konjunktur wirken sich nicht nur die durch die US-Immobilienkrise ausgelösten Turbulenzen auf den Kredit- und Finanzmärkten aus, sondern auch die den Export belastende Dollar-Schwäche sowie die hohe Inflation.
Ausmaß und Dauer der Krise des internationalen Finanzsystems könnten derzeit nicht abgeschätzt werden, betonen die Experten. Daher sei die nach unten revidierte BIP-Prognose „mit besonders hoher Unsicherheit behaftet". Die Prognose unterstelle eine Stabilisierung der heimischen Wirtschaft Ende 2008 und „eine vorsichtige Erholung" im Jahr 2009.
Positiv auf das Nettorealeinkommen könnte sich die von der Bundesregierung zur Jahresmitte geplante leichte Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge auswirken. ■

Flughafen Wien boomt weiter

Der Flughafen Wien rechnet 2015 mit 30 Millionen Fluggästen.

Die börsenotierte Flughafen Wien-Gruppe rechnet nach dem „Rekordjahr 2007" auch im laufenden Jahr 2008 mit weiterem Wachstum. Die Zahl der Passagiere soll heuer um 8 % auf rund 20 Millionen ansteigen, 2015 erwartet man bereits 30 Millionen Fluggäste. Langfristig will der Vienna Airport „um mindestens einen Prozentpunkt über dem europäischen Durchschnitt wachsen", kündigte Vorstandschef Herbert Kaufmann bei der Bilanz-Pressekonferenz in Wien am 27. März an. Längerfristige Prognosen rechnen europaweit mit einem Wachstum der Passagierzahlen zwischen 4 und 5 %.
2007 erhöhte sich die Passagierzahl um 11,3 % auf 18,8 Millionen Fluggäste. Ohne Billigfluggesellschaften wäre das Wachstum nur halb so hoch ausgefallen, zeigte sich Kaufmann überzeugt. Der Umsatz stieg um 12,4 % auf 521,4 Mio. Euro, der Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) um 12,6 % auf 191,0 Mio. Euro. Das operative Ergebnis (EBIT) kletterte um 16,1 % auf 120,3 Mio. Euro. Das Investitionsvolumen für die Jahre 2008 bis 2012 beträgt knapp 800 Mio. Euro. ■

Städtische/Erste: Milliarden-Deal

Die Wiener Städtische Versicherung wird mit Übernahme der Erste Bank-Versicherungssparte in Österreich, Zentral- und Osteuropa Österreichs größte Versicherungsgruppe und Marktführer im Osteuropa. ■

Restitution: Novelle für Rückgabegesetz noch vor Sommer geplant

Kulturministerin Claudia Schmied und der Vorsitzende des Restitutionsbeirates, Clemens Jabloner, präsentierten am 26. März geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Restitution des Bundes. „Die Restitution geraubter Güter ist eine historische Pflicht, der die Republik Österreich nachkommt“, so die Ministerin. „Ich strebe eine klare Regelung der Restitutionsangelegenheiten der Stiftung Leopold an“. Als erster Schritt soll die Stiftung in die Provenienzforschung des Bundes miteinbezogen werden. Bis Ende April sollen am Leopoldmuseum zwei vom Bund bezahlte Restitutionsforscher ihre Arbeit aufnehmen. Es gebe „bereits klare Mehrheiten im Vorstand, die sich für eine derartige Öffnung aussprechen“, meinte Schmied und wertete auch Aussagen von Sammler Rudolf Leopold als „sehr positives und konstruktives Signal“. In einem Interview mit der Tageszeitung „Die Presse“ sagte der Museumsleiter u.a.: „Lassen wir unabhängige Experten die Sachverhalte prüfen. Ich leugne sicher nicht wider besseres Wissen die Herkunft von Bildern“. Im selben Interview erklärt Leopold allerdings auch, dass er sich zu Unrecht angegriffen fühle.

Konkret umfasst der von Schmied und Jabloner präsentierte Maßnahmenplan u.a. Folgendes: In Zukunft soll sich das Gesetz nicht mehr explizit auf die Rückgabe von „Kunstgegenständen“, sondern auf die Rückgabe von „beweglichen Gegenständen“ beziehen. Das zukünftige Gesetz soll sich nicht nur auf „Bundesmuseen und Sammlungen“ erstrecken, sondern auf das gesamte „Bundesvermögen“ ausgeweitet werden. Das Kunstgüter-Rückgabegesetz soll künftig auch für Güter gelten, die bereits Gegenstand eines formellen Rückstellungsverfahrens waren. Der Zeitraum, für den Restitutionsansprüche geltend gemacht werden können, wird auf die Zeit zwischen 1933 und 1945 ausgeweitet (bisher 1938 bis 1945). Auch Gegenstände, die nicht in Österreich, sondern im Einflussgebiet des Dritten Reiches enteignet wurden, sollen künftig restituiert werden. Um die Rückgabeverfahren zu beschleunigen, soll die Feststellung der Erben nach österreichischem Erbrecht erfolgen; zeitaufwändige Sachverständigengutachten nach internationalem Privatrecht, die in der Regel keine neuen Erkenntnisse bringen, entfallen dadurch. Die Ausnahme für restituierte Güter vom Denkmalschutzgesetz, das eine Bewilligungspflicht für die Ausfuhr bestimmter Güter vorsieht, soll in Zukunft 25 Jahre ab der Ausfolgung bestehen und auch auf Restitutionen der Länder und Gemeinden ausgeweitet werden. Die Funktionsperioden der Mitglieder des Restitutionsbeirates sollen zur Sicherung der Unabhängigkeit von einem Jahr auf drei Jahre verlängert werden.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium, dem Restitutionsbeirat und der Kommission für Provenienzforschung wird neu strukturiert. Die Kommission erhält erstmals einen rechtlichen Status und wird teilrechtsfähig. Durch ein eigenes Statut wird die Unabhängigkeit der Provenienzforscher klar festgeschrieben. Ein Mitglied bzw. Ersatzmitglied des Restitutionsbeirates wird mit der Erarbeitung eines Drei-Jahresprogramms für die Kommission für Provenienzforschung und dessen wissenschaftlicher Umsetzung beauftragt. In der Beiratssitzung vom 7. März 2008 wurde diese Aufgabe Eva Blimlinger übertragen.

All diese Schritte sind Teil eines Prozesses, den Kulturministerin Schmied bereits 2007 gestartet hat. Durch die Berufung von Clemens Jabloner, dem Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes, zum Vorsitzenden des Restitutionsbeirates und durch die Schaffung einer eigenen Abteilung für Restitutionsangelegenheiten im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur konnten entscheidende Schritte zur Verbesserung der Restitution des Bundes eingeleitet werden. ■

Bruno Kreisky-Preis 2007 an den Historiker Saul Friedländer

Am 28. März erhielt in der Wiener Nationalbibliothek der Historiker Saul Friedländer für sein literarisches und publizistisches Gesamtwerk den Bruno Kreisky-Preis für das politische Buch 2007.

Saul Friedländer wurde 1932 in Prag als Kind deutschsprachiger Juden geboren. Seine Eltern wurden 1942 von den Nazis aus Frankreich deportiert und in Auschwitz ermordet. Er überlebte die Shoa in Frankreich unter dem Namen Paul-Henri Ferland in einem katholischen Internat. Nach dem Zweiten Weltkrieg wandte sich Friedländer dem Judentum zu und wanderte 1948 nach Israel aus. Er studierte in Tel Aviv, Paris und Genf, wo er 1963 am Genfer Hochschulinstitut für internationale Studien promo-

vierte und dann dort jeweils ein Sommersemester bis 1988 lehrte. Seit 1976 hat er eine Professur für Moderne Europäische Geschichte an der Universität Tel Aviv inne; 1987 nahm er außerdem einen Ruf an die University of California, Los Angeles an. Er lebt zumeinst in Los Angeles und zählt zu den international bedeutendsten Holocaust-Forschern. Im Wintersemester 2006/07 war Friedländer Gastprofessor am Jena Center – Geschichte des 20. Jahrhunderts (FSU) in Jena.

Saul Friedländer: Das Dritte Reich und die Juden. 1. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939. München 2000. ISBN 342330765X. 2. Die Jahre der Vernichtung 1939-1945. München 2006. ISBN 3406549667.

Als Höhepunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit gilt sein Werk „Das Dritte Reich und die Juden". Friedländer geht darin der Frage nach, wie in einem hochentwickelten Volk eines der größten Verbrechen der Weltgeschichte geschehen konnte. Der Historiker benützt dabei eine Methode, die ihn berühmt gemacht hat: Er mischt die Schilderung der Ereignisse mit Dokumenten wie Briefen oder Tagebüchern, um so ein möglichst umfassendes Bild einer Epoche zu bekommen. Dass er dabei den Opfern eine Stimme gibt, hat zu manchmal sehr heftigen Kontroversen mit Historikerkollegen geführt. Martin Broszat etwa meinte, dass es sich um eine mythische Erinnerung handle, die ein Hindernis für eine rationale Geschichtsschreibung deutscher Historiker wäre. Broszat habe offenbar den Juden insgesamt Subjektivität in dieser Frage unterstellt, so Friedländer. Er hält dem entgegen, dass man ohne die Sicht der Opfer zu berücksichtigen, eine „allgemeine Geschichte" nicht schreiben könne. Eine der Hauptfragen, die Friedländer beschäftigte, war: „Was wussten die Leute?" Ende 1942, Anfang 1943 wussten jedenfalls viele Deutsche sowie die Behörden, dass die deportierten Juden umgebracht wurden. Was nun die Juden selbst betreffe, so wollten diese nicht verstehen, meint Friedländer. Für das passive Verhalten der Opfer hat Friedländer folgende Erklärung: Einerseits waren sie durch Hunger, Krankheit und schlechte Behandlung geschwächt, andererseits wollten sie Zeit gewinnen und glaubten, durch einen Transfer in ein anderes Ghetto oder Lager auf eine Verbesserung ihrer Lage: „Weil man hofft, man kommt doch durch".

Die Generation der Zeitzeugen wird in absehbarer Zeit nicht mehr leben. Trotzdem zeige, so Friedländer, das immer wieder lebendige Interesse am Holocaust, „dass diese Erinnerung weiter bleibt, auch wenn diese Generation nicht mehr da ist".

Einer der Laudatoren neben Jury-Vorsitzenden Hannes Swoboda war Bundeskanzler Alfred Gusenbauer. ■

Architektur-Biennale: Österreich zeigt Wohnbau und Außenseiter

www.labiennale.org

„Out There. Architecture Beyond Building" lautet das Motto der Architektur-Biennale in Venedig von 14. September bis 23. November. Der Titel soll in Erinnerung rufen, dass Architektur nicht nur Bauen bedeutet. Der österreichische Pavillon, dessen Programm die Architektin und Kommissärin Bettina Götz am 26. März in Wien vorstellte, antwortet mit dem Titel „Vor der Architektur". Mit zwei österreichischen Außenseiter-Positionen, dem Innsbrucker Architekten Josef Lackner (1931-2000) und der Gruppe PAUHOF Architekten, sowie einem Schwerpunkt zum Thema Wohnbau will Götz zeigen, „dass man aus jedem Thema Architektur machen kann". Vor allem der Wohnbau solle als Stiefkind der Architektur wieder in den Mittelpunkt gerückt werden – und das quer durch ganz Österreich. Mit dem „notwendigen Blick von außen" wurde der Berliner Architektursoziologe Werner Sewing beauftragt. In Interviews mit renommierten Architekturbüros nähert er sich der Frage, wie man den Wohnbau wieder architektonisch interessant machen könnte. „Da gibt es große unausgeschöpfte Potenziale", meinte Sewing, „vor allem in Österreich, wo durch die starke öffentliche Förderung Wohnbau und Städtebau noch wirklich verknüpft werden könnten". Die Architekturbüros, die befragt wurden, sind die Büros Flöckner und Schnöll (Salzburg), Jabornegg und Palffy (Wien), Marte und Marte (Vorarlberg), Wolfgang Pöschl (Tirol), Riegler und Riewe (Steiermark), Gerhard Steixner (Wien) und Schreieck und Henke (Wien). Sie alle haben ihre Ideen häufig auch an Einfamilienhäusern der Luxusklasse entwickelt, „aber alles was da experimentiert und durchbuchstabiert wurde, ist auch im Wohnbau insgesamt anwendbar", betonte Sewing. Die Interviews werden in Videoinstallationen gezeigt, die Außenseiter-Positionen in Werkausstellungen. Vor allem Josef Lackner habe mit seinen Arbeiten demonstriert, wie aus banalsten Vorgaben Architektur entstehen könne. Anhand von fünf ausgewählten Arbeiten wolle man Lackners

verdeutlichen. Sein Diktum lautete: „Ideen sollten unser Handeln bestimmen“.
Mit den PAUHOF Architekten Michael Hofstätter und Wolfgang Pauzenberger möchte Bettina Götz eine Position vorstellen, die „sogar die Vorgaben infrage stellt“. „Wenn PAUHOF bei einem Wettbewerb für eine Schule teilnehmen, kann es sein, dass sie am Ende etwas völlig anderes bauen“. Die Ausstellung, die von den Architekten erst konzipiert wird, solle deren Programmatik illustrieren, dass Architektur keine Dienstleistung sei, sondern einen „langfristigen Mehrwert für die Gesellschaft“ haben müsse. Dass sie also, dem Motto der Biennale entsprechend, mehr als nur Bauen bedeutet. ■

40-Jahr-Jubiläum des Ensemble Theaters mit Bertolt Brechts „Baal“

Das Wiener Ensemble Theater feiert sein 40-jähriges Jubiläum. An seiner Spielstätte am Petersplatz zeigt Regisseur Dieter Haspel Bertolt Brechts anarchisches Jugendstück „Baal“, das der Autor als 20-jähriger schrieb. Seit seiner Gründung zieht sich Brechts Werk wie ein roter Faden durch den Spielplan. Haspel hätte das wilde Drama um den jungen Lyriker und Sänger Baal (rollengerecht: Wolfgang Lampl), der nicht zufällig den Namen eines regenbringenden Gewitter- und Fruchtbarkeitsgottes des kanaanitischen Pantheons trägt, schneller, fetziger inszenieren können, doch sehenswert ist diese Produktion allemal. Schön und (wenn nötig) lasziv Karin Fenböck, Barbara Kramer und Dana Proetsch. In zahlreichen Rollen, u.a. als Dr. Piller, Fuhrmann, Artist, Bauer oder Herbergswirt, brilliert – wie in vielen Ensemble Theater-Produktionen seit vielen Jahren – der deutsche Schauspieler Gunther W. Lämmert. ■

Bertolt Brechts „Baal“. Ensemble Theater am Petersplatz, Wien. Noch bis 12. April. www.ensemble-theater.at

Internationale Haydntage 2008

Die Haydntage in Eisenstadt (Burgenland) feiern heuer von 4. bis 14. September ihr 20-jähriges Jubiläum. Sie lassen die vergangenen zwei Jahrzehnte Revue passieren und stellen jedes Konzert unter ein historisches Jahresthema. Zu den Höhepunkten zählen heuer die Aufführung von Haydns Oratorium „Il ritorno die Tobia“ mit Adam Fischer und seiner Österreichisch-Ungarischen Haydn Philharmonie, die auch das Galakonzert „20 Jahre Haydntage“ und die beiden traditionellen Abschlusskonzerte bestreiten wird, sowie die zahlreichen Orchesterkonzerte mit bedeutenden internationalen Dirigenten und Solisten wie The English Concert unter Harry Bicket mit Vesselina Kasarova, das Kammerorchester Basel unter Giovanni Antonini mit Viktoria Mullova und Pieter Wispelwey, das L’Orfeo Barockorchester unter Michi Gaigg mit Nuria Rial, Anima Eterna unter Jos van Immerseel, das RSO Wien unter Hugh Wolff sowie ein Liederabend mit Patricia Petibon. Eine Vielzahl von Kammerkonzerten rundet das Programm ab. ■

Kartenbestellungen: Vorverkauf ab 1. April.

www.haydnfestival.at

Die Wege entstehen im Gehen

„Falter“-Chefredakteur Armin Thurnher und seine Kollegin, die freie Journalistin Katharina Krawagna-Pfeifer sind die Interview-Partner von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer in dem – von Dieter Brasch einzigartig fotografierten – Buch „Die Wege entstehen im Gehen“, das der Wiener Czernin Verlag vor kurzem veröffentlicht hat. Der Buchtitel ist ein abgewandeltes Zitat des von Alfred Gusenbauer hochgeschätzten spanischen Lyrikers Antonio Machado (1875-1939) und lautet: „Reisende, es gibt keine Wege, die Wege, sie entstehen im Gehen“. Die Gespräche wurden an einem Kärntner Urlaubsort des Kanzlers, in seiner Heimat Ybbs an der Donau, in St. Wolfgang, im Waldviertel und im Bundeskanzleramt in Wien geführt. Die Fragen der Journalisten ermöglichen es dem Kanzler, unabhängig vom politischen Alltag, theoretisch fundiert und präzise seine politischen Vorstellungen von sozialer Ausgewogenheit darzulegen, auch näher auf seine Vorlieben zur Literatur, zum Theater und zur Oper einzugehen. ■

„Die Wege entstehen im Gehen.“ Alfred Gusenbauer im Gespräch mit Katharina Krawagna-Pfeifer und Armin Thurnher, fotografiert von Dieter Brasch. Czernin Verlag, Wien 2008, ISBN 978-3-7076-0243-2 www.czernin-verlag.com

Sommerkonzerte in Schubert-Kirche

Die herrlich restaurierte Schubertkirche in Wien-Lichtental bietet von 24. Juni bis 9. September jeden Dienstag zauberhafte und preisgünstige Konzerte, u.a. mit Kammer- und Kirchenmusik von Franz Schubert (1797-1828), der in der Kirche „Zu den Hl. Vierzehn Nothelfern“ getauft wurde und hier in seiner Jugend oft Orgel spielte. Bis 1816 schrieb Schubert 17 kirchenmusikalische Werke, darunter vier Messen, für diese Kirche. Zu deren 100-Jahr-Feier 1814 dirigierte er selbst seine erste große Messe (F-Dur). ■

www.schubert-kirche.at

Wirtschaft und Fußball im Österreichischen Kulturforum Rom

Das Thema Kunst und Kultur ist einer der Schwerpunkte in den Vorbereitungen und Begleitprogrammen der Bundesregierung zur EURO 2008. Das Österreichische Kulturforum Rom (ÖKF) setzt aus Anlass der EURO eine Reihe von Aktivitäten, die sich mit der Verbindung Fußball, Kunst und Kultur auseinandersetzen. Gemeinsam mit der Österreichischen Botschaft in Italien sowie der UniCredit Group werden die Initiativen um einen intensiven kulturellen Austausch zwischen Österreich und Italien insgesamt verstärkt. An einer Veranstaltung am 27. März unter dem Motto „Neuer Schwung" haben hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport beider Länder teilgenommen. Im Garten des ÖKF wurden die beiden ersten Skulpturen der Ausstellung „Ballkünstler - Ragazzi nel pallone" präsentiert. Aber auch während der EURO ist das ÖKF Rom in Sachen Fußball aktiv: Am 20. Mai wird die „Eleven Minutes"-Kurzfilmrolle international präsentiert, am 16. Juni werden während des „Public viewing" des Matches Österreich-Deutschland weitere Fußball-Skulpturen gezeigt und am 29. Juni gibt im Rahmen der Live-Übertragung des EURO-Finales aus dem Ernst-Happel-Stadion in Wien die österreichische Gruppe „Nim Sofyan", Gewinner des österreichischen World Music Award 2004, ein Konzert. ■

http://www.austriacult.roma.it/

EURO 2008: Arbeitsgruppe soll Zahl der EM-Touristen eruieren

72 Tage vor Beginn der UEFA EURO 2008™ sind die Vorbereitungen der Bundesregierung aus organisatorischer Sicht abgeschlossen. Bei einem EURO Informations-Workshop in Wien zeigten sich die Hauptverantwortlichen der Organisation seitens der UEFA, des Partnerlandes Schweiz, der politischen Fachressorts und der Verwaltung, der Koordination der Bundesregierung, des ÖFB sowie der Host Cities zufrieden. Jetzt geht es um die Feinjustierung. Noch gibt es etwa keine offizielle Schätzung der Organisatoren, wie viele Fans wirklich zur EM-Endrunde anreisen werden. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus diversen Bereichen sammelt bis Ende April Informationen und Daten. Die österreichische Bundesregierung wird im April noch einen letzten Bericht zum Stand der EURO-Vorbereitungen vorlegen. ■

Sportminister um Menschenrechtssituation in China besorgt

Die EU-Sportminister brachten bei der Sportministerkonferenz am 17. März im slowenischen Brdo ihre Besorgnis über die Entwicklungen in Tibet zum Ausdruck. Im Hinblick auf die Einhaltung der Menschenrechte werden die EU-Sportminister in Kontakten mit China auch immer wieder die Menschenrechtsfrage thematisieren. Ein Boykott der Olympischen Sommerspiele 2008 in Peking durch die Athleten wurde nicht als Lösung für die Anliegen der Tibeter angesehen. Diese könne nur über den Dialog mit China und durch Gewaltverzicht in Tibet erreicht werden. Bei der Sportministerkonferenz waren auch die 27 Präsidenten der Nationalen Olympischen Komitees (NOK) der EU-Mitgliedsstaaten anwesend. ■

https://www.fussballverbindet.at/kunstzone/kulturelle-sonderprojekte.html

Österreichisches Schwimmwunder bei Langbahn-EM in Eindhoven

Die Langbahn-Europameisterschaften in Eindhoven (Niederlande) wurden mit insgesamt sieben Medaillen – drei Gold-, je zwei Silber- und Bronzemedaillen – zu den bisher erfolgreichsten in der Geschichte des Österreichischen Schwimmverbandes (OSV). Starschwimmer Markus Rogan wurde mit zwei Mal Gold (100 m und 200 m Rücken) und ein Mal Bronze (4 Mal 200m Kraul-Staffel) einer der überragenden Athleten bei diesen Titelkämpfen. Mirna Jukic holte mit Gold (100 m Brust), Silber (200 m Brust) und Bronze (50 m Brust) einen kompletten Medaillensatz. Brillant auch ihr Bruder Dinko Jukic, der über 200 m Lagen den Vize-Europameistertitel holte. Zu einer großen Sensation dieser EM wurde die österreichische 4x200 m Kraulstaffel mit Dominik Koll, Markus Rogan, David Brandl und Dinko Jukic. Sie gewannen überraschend Bronze. ■

IMPRESSUM
Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressedienst. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/2, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53115-2880, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; http://www.bundeskanzleramt.at; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressedienst-Wien.